

Überregionaler Pressespiegel 06.02.2012

Freie Presse | 06.02.2012

Bundestagsabgeordnete unterstützen Dresdener Anti-Nazi-Proteste

Linke, SPD und Grüne: Es ist wichtig, "den Neonazis keinen Millimeter Raum in Dresden zu schenken"

Berlin (dapd-lsc). Immer mehr Bundestagsabgeordnete unterstützen die geplante Blockade der Neonazi-Aufmärsche in Dresden am 13. und 18. Februar. Sevim Dagdelen (Linke), Aydan Özoguz (SPD) und Memet Kilic (Grüne) erklärten am Montag: "Nicht nur aus aktuellem Anlass, der rassistischen Mordserie der Nazi-Terrorgruppe NSU, ist es wichtig, den Neonazis keinen Millimeter Raum in Dresden zu schenken." Die Neonazis nutzten jedes Jahr erneut die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg für ihre rassistische Propaganda, erklärten die Abgeordneten mit ausländischen Wurzeln.

Zuvor hatte unter anderen auch die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth zur Teilnahme an der Anti-Neonazi-Demonstration aufgerufen. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Bundestagsabgeordnete-unterstuetzen-Dresdener-Anti-Nazi-Proteste-artikel7897232.php>

Leipziger Volkszeitung | 06.02.2012 | Catrin Steinbach

Bündnis Dresden-Nazifrei lädt am 13. Februar zum Mahngang ein - mit Fokus auf die Täter des NS-Regimes

Dresden. Am 13. Februar gedenken die Dresdner der Zerstörung ihrer Stadt im Jahr 1945. Das „Bündnis Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“, in dem sich die SPD-Jugend, die Linken, die Grünen, Gewerkschaften und diverse Gruppen der Antifa-Szene engagieren, will mit einem Rundgang durch die Stadt die Aufmerksamkeit auf die Vorgeschichte dieses Tages lenken.

„Uns geht es darum, den Mythos ‚Unschuldiges Dresden‘ in Frage zu stellen. Anhand von Fakten wollen wir deutlich machen, dass Dresden sehr wohl in das Herrschaftssystem der Nazis eingebunden war“, betont Dieter Gaitzsch, Mitglied der Partei Die Linke. „Dresden war die letzte noch intakte Garnisonsstadt. Hier wurden der Volkssturm und Luftwaffenhelfer ausgebildet. Dresden diente als wichtiger Verkehrsknotenpunkt zur Versorgung der Ostfront und über die Stadt lief die Deportation von Menschen. Des Weiteren gab es hier 14 oder 15 Industriestandorte, die für die Rüstung produzierten.“ Der Rundgang „Täterspuren“ beginnt am 13. Februar, 13 Uhr, am Comeniusplatz, ist etwa 6,5 Kilometer lang und führt bis zum Dresdner Hauptbahnhof. Erste Station ist die Villa des ehemaligen NSDAP-Gauleiters und sächsischen Ministerpräsidenten Martin Mutschmann an der Comeniusstraße 32. „Die meisten wissen heute gar nicht mehr, wer Mutschmann war und welche Rolle er zur Nazizeit spielte“, argumentiert Andreas Kahrs vom Bündnis Nazifrei. „Mutschmann, der den Bau von Luftschutzkellern in Dresden vernachlässigte, für sich selbst aber in der Comeniusstraße einen Privatbunker errichten ließ, war u.a. einer der Protagonisten der Judenverfolgung in Dresden“, weiß Henning Obens vom Bündnis Nazifrei, nach eigenen Angaben Historiker und Politologe.

Eine zweite „Täterspur“ zeigt das Bündnis Nazifrei! an der Güntzstraße. Dort stand bis 1945 das Altersheim „Henriettenstift“ der jüdischen Gemeinde. „Hier begann 1942/43 der Leidensweg jüdischer Menschen, der im Vernichtungslager Theresienstadt endete“, ist auf einer Gedenktafel zu lesen. Weitere Stationen werden am 13. Februar der einstige Standort des Landgerichtsgefängnisses Mathildenstraße, die Synagoge, das Polizeipräsidium Schießgasse, das Hygienemuseum und die Bayrische Straße am Hauptbahnhof sein, wo sich einst das Gestapo-Hauptquartier befand.

Die Organisatoren rechnen am 13. Februar mit 500 Teilnehmern an ihrer Veranstaltung, die kein Stadtrundgang im herkömmlichen Sinn sein wird. „Wir haben den Rundgang als Demonstration angemeldet. Ein Lautsprecherwagen wird die Teilnehmer begleiten. Mit diesem fahren Schauspieler, die an den einzelnen Stationen Texte vortragen“, so Andreas Kahrs. 2011 war die Demo nicht genehmigt worden, in diesem Jahr gab die Stadt grünes Licht. „Wir sind noch dabei, die Unrechtmäßigkeit des Verbotes im vergangenen Jahr juristisch feststellen zu lassen. Denn das ist wichtig für weitere Aktivitäten“, gibt sich Kahrs kämpferisch. Am 13. Februar 2011 hatten sich trotz Verbot rund 500 Personen am Comeniusplatz zu einer Spontankundgebung eingefunden. Eine kleine Gruppe lief anschließend von der Polizei unbeachtet den Mahngang ab. Lediglich der Weg zur letzten geplanten Station am Hauptbahnhof war den Teilnehmern verwehrt worden.

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/buendnis-dresden-nazifrei-laedt-am-13-februar-zum-mahngang-ein--mit-fokus-auf-die-taeter-des-ns-systems/r-mitteldeutschland-a-124219.html>

FAZ | 06.02.2012 | Peter Schilder

Politisches Parkett

Durften führende Mitglieder der Linkspartei im vorigen Jahr rechtsextreme Demonstranten stören? Die Parteivorsitzende Gesine Löttsch gibt in Dresden die Antwort - bei einem Blockade-Training.

Dass zu einer gelungenen Demonstration auch die passende Kleidung gehört, hat die Bundesvorsitzende der Linkspartei Gesine Löttsch am Freitagabend in Dresden erfahren. Dort nahm sie, die das Demonstrieren offenbar nicht mehr gewöhnt ist, an einem Blockadetraining teil. Der Rock war zu kurz, zu eng, zu unbequem, einfach nicht passend, als sie sich auf dem Teppichboden im Vortragsraum des Dresdner Gewerkschaftshaus niederließ, um die „einfache Querreihe sitzend“ zu proben. Bei den Demonstrationen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13. und 18. Februar werde sie gewiss keinen Rock tragen, versprach Frau Löttsch, während sie in dem angenehm temperierten Raum auf dem Parkettboden und nicht wie im Ernstfall auf kalten Pflastersteinen saß.

Es war ja nur eine Übung, der die Politikerin durch ihre Anwesenheit ein wenig Aufmerksamkeit verschaffen wollte. Nach dem die Fotos geschossen waren und die Journalisten den Saal verlassen hatten, ging es darum, wie man Polizeiketten erfolgreich und gewaltfrei „durchfließt“ und wie man sich wegtragen lässt.

Trockenübung hat einen Grund

Dass Frau Löttsch sich die Zeit für solche Trockenübungen nahm, hatte seinen Grund in einem Ermittlungsverfahren gegen die beiden Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei im hessischen Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen, wegen der Teilnahme an einer

mutmaßlich illegalen Blockade eines Aufzugs von Rechtsextremen am 13. Februar 2011 in Dresden. „Wir protestieren nicht nur gegen Nazis, sondern auch gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Bürgerengagements und zeigen uns solidarisch mit denjenigen, die von der sächsischen Justiz auf skandalöse Weise verfolgt werden“, sagte Frau Löttsch. Gerade hob der hessische Landtag die Immunität von Wissler und van Ooyen auf. Der sächsische Landtag war genauso mit dem dortigen Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Hahn, verfahren, der daraufhin in gleicher Sache mit einem Strafbefehl über 3000 Euro belegt wurde. Die Linken würden in Sachsen stärker verfolgt als die Rechten, sagte Frau Löttsch.

Bestätigt fühlt sie sich durch eine „Studie“ des 1980 aus der Friedensbewegung hervorgegangenen „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ in Köln. Dessen „Untersuchungskommission 19. Februar“ beschreibt die Geschehnisse des vergangenen Jahres gänzlich anders als die sächsische Justiz und die sächsische Staatsregierung: „Entgegen den polizeilichen und regierungspolitisch geschürten Darstellungen war Dresden im Februar 2011 nicht von Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten aus den Gegendemonstrationen gekennzeichnet. Im Gegenteil: Dresden zeichnete sich dadurch aus, dass Zehntausende Bürger und Bürgerinnen ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gewaltfrei und ohne Waffen in ihre Hände nahmen.“ Indem die Polizei die umstrittene Sitzblockade räumte, habe sie den Demonstranten das Recht auf Versammlungsfreiheit verweigert. Auch Sitzblockaden stünden unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit.

Für den bevorstehenden Gedenktag am 13. Februar sieht das Komitee auch „Demonstrationen von NPD und Kameradschaften“ als „zulässig“ an. Ebenso zulässig sei es aber, wenn andere ihre gegenteilige Auffassung ausdrückten. Physische Gewalt habe dabei zu unterbleiben. Doch: „Einzelne Gewaltvorfälle im Kontext von Demonstrationen können weder einem Versammlungsleiter noch den Teilnehmern insgesamt zugerechnet werden.“ Weiter heißt es: „Gemeinsames Sitzen ohne auf andere gerichtete Gewalt stellt keine nötige Gewalt dar.“ Auch „Versuche, polizeiliche Absperrungen zu umgehen, ohne begleitende Gewaltäußerungen, stellen als solche keine Gewalt dar“. Genau das wurde am Freitagabend im Gewerkschaftshaus geübt.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linkspartei-politisches-parkett-11638865.html>
